

Änderungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Fünftes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes - Drucksache 6/6045 vom 17.02.2017

Artikel 1 des Gesetzentwurfes wird wie folgt geändert:

1. Der Nummer 1 wird folgende Nummer 1 vorangestellt:
„1. In § 3 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
„In Umsetzung des Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 21.12.2008 (BVBl. II/2008 [Nr. 35] S. 1419) ist jeder Schülerin und jedem Schüler ein inklusiver, hochwertiger und unentgeltlicher Zugang zum gemeinsamen Lernen in Grundschulen und weiterführenden Schulen zu gewährleisten.““
2. Die bisherige Nummer 1 wird zu Nummer 2.
3. Nach der neuen Nummer 2 werden folgende neue Nummern 3 und 4 eingefügt:
„3. § 29 wird wie folgt geändert:
a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
„Im Hinblick auf die Umsetzung des Gesetzes zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 21.12.2008 (BVBl. II/2008 [Nr. 35] S. 1419) und gemäß § 3 Absatz 1 Satz 5 sind die Schulen verpflichtet, die von ihnen aufgenommenen Schülerinnen und Schüler bis zum Abschluss der jeweiligen Schulform zu beschulen. Die dafür benötigte sonderpädagogische Förderung und Unterstützung wird bis zum Ende der Schul(pflicht)zeit geleistet.“
b) Der Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:
„Sonderpädagogische Beratung und Förderung findet in Grundschulen, weiterführenden allgemein bildenden Schulen und Oberstufenzentren im gemeinsamen Unterricht mit Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf statt. Individuelle Förderung darf nicht zu einer Separierung im gemeinsamen Unterricht führen.“
4. § 30 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
„Schulpflichtige, deren Eltern es wünschen, besuchen die für sie geeignete Förderschule oder Förderklasse.““

Eingegangen: 22.06.2017 / Ausgegeben: 23.06.2017

4. Die bisherigen Nummern 2 bis 4 werden die Nummern 5 bis 7.
5. Nach der neuen Nummer 7 werden folgende neue Nummern 8 und 9 eingefügt:
 8. In § 83 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „ab Jahrgangsstufe 4“ gestrichen.
 9. § 84 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) An jeder Schule wird eine Konferenz der Schülerinnen und Schüler gebildet. Mitglieder der Konferenz sind alle Sprecherinnen und Sprecher.“
6. Die bisherigen Nummern 5 bis 8 werden die Nummern 10 bis 13.
7. Nach der neuen Nummer 13 wird folgende neue Nummer 14 eingefügt:
14. In § 113 Satz 1 wird das Wort „Benehmen“ durch das Wort „Einvernehmen“ ersetzt.
8. Die bisherigen Nummern 9 bis 11 werden die Nummern 15 bis 17.

Begründung:

Zu 1.:

Deutschland hat 2007 die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) unterschrieben und 2009 ratifiziert. Damit muss auch Brandenburg diese umsetzen. Die UN-BRK fordert u.a. ein Schulsystem, das Kinder – unabhängig von ihren Voraussetzungen – wohnortnah und individuell optimal fördert. Wir wollen dieses Individualrecht im Schulgesetz verankern. Dies hat unter anderem der wissenschaftliche Beirat „Inklusion“ beim Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg so empfohlen.

Zu 2., 4., 6. und 8.:

Hierbei handelt es sich um eine Anpassung der Nummerierung der Änderungsbefehle.

Zu 3a).:

Wenn Inklusion und die Umsetzung der UN-BRK ernst genommen werden soll, dann darf es auch keine Abschlusungen mehr geben. Nach wie vor finden zumindest vereinzelt Überweisungen aus allgemeinen Schulen in Förderschulen gegen den Willen von Erziehungsberechtigten statt. Hier eine Pflicht der Schulen die Kinder bis zum Abschluss zu beschulen und die dafür notwendigen Fördermaßnahmen für das betroffene Kind zuzugestehen, wäre ein weiterer Schritt das Brandenburger Schulsystem inklusiver zu machen.

Zu 3b).:

Mit der Streichung des Ausstattungsvorbehaltes für den gemeinsamen Unterricht wird die UN-BRK in geltendes Recht und das Konzept der Landesregierung umgesetzt. Außerdem wird im Absatz klargestellt, dass die sonderpädagogische Beratung und Förderung an allen Schulen im gemeinsamen Unterricht stattfindet.

Zu 3 (neue Nummer 4).:

Folgeänderung zu 3b).

Zu 5. (neue Nummer 7):

a) Die Anhörung hat gezeigt, dass es keinen Grund dafür gibt, Klassensprecherinnen und Klassensprecher erst verbindlich ab der 4. Klasse wählen zu lassen. Deshalb wird mit dieser Änderung eine Wahl in allen Jahrgangsstufen ermöglicht.

b) Ebenso hat die Anhörung ergeben, dass der Ausschluss von Kindern in einer Schule mit dem Förderschwerpunkt "geistige Entwicklung" von der Wahl von Klassensprecherinnen und Klassensprechern nicht mehr zeitgemäß ist. Die Schülerinnen und Schüler auf den Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt geistige Behinderung haben die gleichen Rechte auf Teilhabe und Mitwirkung in den schulischen Prozessen wie die Schülerinnen und Schüler an den anderen Schulen. Und sie dürfen im Rahmen inklusiver Beschulung auch nicht von der Mitwirkung und aktiven und passiven Beteiligung an den Wahlen und in den Gremien der anderen Schulen ausgeschlossen werden.

Zu 5. (neue Nummer 8):

Hier erfolgt eine generelle Öffnung für alle gewählten Klassensprecherinnen und Klassensprecher an der Konferenz der Schülerinnen und Schüler gleichberechtigt teilzunehmen.

Zu 7.:

Täglich werden im Land Brandenburg etwa 120.000 Schulessen ausgegeben, die von 120 Essensanbietern geliefert werden. Kindern und Jugendlichen ein gesundes und ausgewogenes Essen anzubieten sowie möglichst frühzeitig gesundheitsfördernde Essgewohnheiten zu vermitteln ist dem Landtag ein Anliegen. Ein schmackhaftes und ausgewogenes Essen in den Schulen für Kinder und Jugendliche bietet die Chance, Einfluss auf die Ernährungssituation, die Geschmacksgewohnheiten und damit auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu nehmen.

Dies nicht nur den Schulträgern zu überlassen, sondern auch verbindlich die Schulen in den Auswahlprozess über das Schulessen einzubinden ist ein logischer und richtiger Schritt. Dies geschieht in Brandenburg schon häufig auf freiwilliger Basis, aber leider immer noch zu oft auch nicht. Es hat sich gezeigt, dass wenn die Schulen in den Auswahlprozess des Schulessensanbieters mit eingebunden werden, die Akzeptanz und die Zufriedenheit mit dem Schulessen deutlich steigen.